

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 13/2210 –

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen
in Bund und Ländern 1995
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995 – BBVAnpG 95)

A. Problem

Unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses für den Arbeitnehmerbereich des öffentlichen Dienstes vom 3. Mai 1995

1. Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (§ 14 BBesG/§ 70 BeamtVG),
2. Verlängerung der Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen aus Anlaß der Herstellung der Einheit Deutschlands,
3. Dauerhafte Sicherung qualifizierten Personals bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität.

B. Lösung

1. Zum 1. Mai 1995 werden die Bezüge linear um 3,2 vom Hundert angehoben; für den Monat April 1995 wird eine Einmalzahlung in Höhe von 140 DM gewährt.
2. Die Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen aus Anlaß der Herstellung der Einheit Deutschlands werden bis zum 31. Dezember 1996 verlängert (§ 73 BBesG, § 107 a BeamtVG, § 92 a SVG).

3. Fortführung der bisherigen Regelungen an abgeordnete Be-
dienstete, um auch künftig die Aufgabenerfüllung von ZERV
und AG Regierungskriminalität durch qualifiziertes Personal
zu gewährleisten: Statt Einführung einer Stellenzulage Weiter-
gewährung der bisher gezahlten Aufwandsentschädigung.
4. Verlängerung der Regelung zur Verteilung der Versorgungsla-
sten (§ 107 c BeamtVG).

Große Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Für den Bereich des Bundes (ohne Bahn und Post) werden im
Jahre 1995 Mehrkosten in Höhe von 671,36 Mio. DM entstehen.

Neben den Ländern und Gemeinden werden auch das Bundesei-
senbahnvermögen und die Postunternehmen mit Mehrkosten be-
lastet.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 13/2210 –
in der aus anliegender Zusammenstellung ersichtlichen Fassung
anzunehmen.

Bonn, den 6. Dezember 1995

Der Innenausschuß

Dr. Willfried Penner
Vorsitzender

Otto Regenspurger
Berichterstatter

Thomas Krüger
Berichterstatter

Rezzo Schlauch
Berichterstatter

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1995
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995 – BBVAnpG 95)
– Drucksache 13/2210 –
mit den Beschlüssen des Innenausschusses (4. Ausschuß)

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Gesetz
über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1995
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995 – BBVAnpG 95)

Gesetz
über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1995
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995 – BBVAnpG 95)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

TEIL 1

Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

TEIL 1

Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

Artikel 1

Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2646, 3134, 3367), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

Die Anlagen IV bis VIi, VIII und IX werden durch die Anlagen 1 bis 3i, 4 und 5 dieses Gesetzes ersetzt.

Artikel 1

unverändert

Artikel 2

Anpassung von Bezügen

Artikel 2

Anpassung von Bezügen

ABSCHNITT 1

Prozentuale Anpassung

ABSCHNITT 1

Prozentuale Anpassung

§ 1

Fortgeltende landesrechtliche Vorschriften

(1) Um 3,2 vom Hundert werden erhöht die

1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)

- a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,

§ 1

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

- b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
 - c) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,
2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkungen Nummern 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
- b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,
3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen, Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht. Dies gilt auch für die Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug eines einheitlichen Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstaltersstufen ermittelt werden, der in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 2

Versorgungsbezüge

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage IV des Bundesbesoldungsgesetzes die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

§ 2

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 1 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes um den in § 1 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 1 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 5 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um den in § 1 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(6) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Zulage nach den Nummern 8, 8a, 8b, 9, 10, 12 oder 27 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B oder nach Nummer 2b der Vorbemerkungen zu der Bundesbesoldungsordnung C oder nach Nummer 1a der Vorbemerkungen zu der Bundesbesoldungsordnung R des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Zulagen in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes die Sätze in der Fassung der Anlage 5 dieses Gesetzes.

(7) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, werden um 3,1 vom Hundert ab 1. Mai 1995 erhöht. Entsprechendes gilt für Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, wie auch für den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967).

(8) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 oder ein Grundgehalt nach Zwischenbesoldungsgruppen zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt um den Betrag von 81,16 Deutsche Mark, wenn ihren Versorgungsbezügen die Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a oder b zu den Besoldungsordnungen A und B nicht zugrunde liegt.

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

ABSCHNITT 2

ABSCHNITT 2

Einmalige Zahlung

Einmalige Zahlung

§ 3

§ 3

Empfänger von Dienstbezügen**Empfänger von Dienstbezügen**

(1) Eine einmalige Zahlung in Höhe von 140 Deutsche Mark erhalten die am 1. April 1995 vorhandenen *Empfänger von Dienstbezügen*. Werden *Dienstbezüge anteilig oder nach einem besonderen Bemessungssatz gewährt, gilt dies entsprechend für die einmalige Zahlung*.

(1) Eine einmalige Zahlung in Höhe von 140 Deutsche Mark erhalten die am 1. April 1995 vorhandenen **Beamten, Richter und Soldaten in einem Rechtsverhältnis mit Anspruch auf Dienstbezüge, die mindestens für einen Teil des Monats April 1995 Dienstbezüge erhalten**. Satz 1 gilt entsprechend, wenn ein Rechtsverhältnis mit Anspruch auf Dienstbezüge am 3. April 1995 begründet wurde.

(2) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, sind die §§ 7, 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend anzuwenden.

(2) Werden Dienstbezüge anteilig oder nach einem besonderen Bemessungssatz gewährt, gilt dies entsprechend für die einmalige Zahlung.

(3) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, sind die §§ 7, 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend anzuwenden.

(4) Maßgebend für die Fälle der Absätze 2 und 3 sind die Verhältnisse am 1. oder 3. April 1995 (Absatz 1 Satz 2). Soweit ein Anspruch auf Dienstbezüge später entstanden ist, sind die Verhältnisse am Tag der Entstehung des Anspruchs maßgebend.

(5) Eine einmalige Zahlung steht nicht zu, wenn der Empfänger von Dienstbezügen vor dem 1. Mai 1995 auf Antrag oder aus seinem Verschulden aus dem öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 7 des Bundesbesoldungsgesetzes) ausscheidet. Dem öffentlichen Dienst im Sinne des Satzes 1 steht der Dienst bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihren Verbänden gleich.

(3) Absatz 1 Satz 1 gilt für Empfänger von Amtsbezügen oder Amtsgehalt entsprechend.

(6) Absatz 1 Satz 1 gilt für Empfänger von Amtsbezügen oder Amtsgehalt entsprechend.

§ 4

§ 4

Versorgungsempfänger**Versorgungsempfänger**

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten die *am 1. April 1995 vorhandenen Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen* in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweils maßgeblichen Ruhegehaltssatz und den Anteilsätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 140 Deutsche Mark ergibt. Satz 1 gilt sinngemäß für die in § 2 Abs. 4 genannten Versorgungsempfänger. § 3 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten die Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, **die mindestens für einen Teil des Monats April 1995 Versorgungsbezüge erhalten**, in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweils maßgebenden Ruhegehaltssatz und den Anteilsätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 140 Deutsche Mark ergibt. Satz 1 gilt sinngemäß für die in § 2 Abs. 4 genannten Versorgungsempfänger. § 3 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des § 2 Abs. 7 erhalten 84 Deutsche Mark, Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehefrauen 50,40 Deutsche Mark, Empfänger von Vollwaisengeld 16,80 Deutsche Mark und Empfänger von Halbwaisengeld 10,08 Deutsche Mark.

(2) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

(3) Zu den laufenden Versorgungsbezügen im Sinne der Absätze 1 und 2 gehören auch der Ausgleich und der Mindestbelassungsbetrag nach Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 3 und Artikel 3 § 3 Abs. 2 bis 4 des Zweiten Haushaltsstrukturgesetzes. Bei Empfängern von Mindestversorgungsbezügen gilt der jeweils maßgebende Mindestruhegehaltssatz; Absatz 2 ist im Falle der Gewährung von Mindestversorgung nicht anzuwenden. Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezüge oder Amtsgehalt zugrunde liegen. Empfänger von Ausgleichsbezügen nach § 11a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Soldatenversorgungsgesetzes erhalten die einmalige Zahlung nach § 3 dieses Gesetzes.

(3) unverändert

§ 5

Zahlung

(1) Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt. Sie bleibt bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt. Bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend.

(2) Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor. Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor. Beim Zusammentreffen von Ruhegehalt mit Hinterbliebenenversorgung bemißt sich die einmalige Zahlung nach dem Ruhegehalt.

(3) Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung finden keine Anwendung.

(4) Im Sinne der Absätze 1 bis 3 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 7 des Bundesbesoldungsgesetzes, § 53 Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechenden Vorschriften) der einmaligen Zahlung nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im einzelnen nicht übereinstimmen.

§ 5

unverändert

Artikel 3**Anpassung der Erschwerniszulagen und der Mehrarbeitsvergütung**

(1) Die Sätze der Erschwerniszulagen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 19a der Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 519), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. August 1994 (BGBl. I S. 2229, 2440), werden um 3,2 vom Hundert erhöht und auf volle Pfennige aufgerundet.

Artikel 3**Anpassung von Erschwerniszulagen und der Mehrarbeitsvergütung**

(1) Die Erschwerniszulagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 519), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 24. Juli 1995 (BGBl. I S. 962), wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 1 Nr. 1 wird der Betrag „4,49 Deutsche Mark“ durch den Betrag „4,64 Deutsche Mark“ ersetzt.
2. In § 19a wird der Betrag „2,14 Deutsche Mark“ durch den Betrag „2,20 Deutsche Mark“ ersetzt.

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

(2) Die Sätze der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 528), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 24. August 1994 (BGBl. I S. 2229, 2440), werden um 3,2 vom Hundert erhöht und auf volle Pfennige aufgerundet.

(3) Das Bundesministerium des Innern kann die sich nach den Absätzen 1 und 2 ergebenden neuen Sätze im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

(2) unverändert

(3) Das Bundesministerium des Innern kann die sich nach Absatz 2 ergebenden neuen Sätze im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

TEIL 2

Sonstige Änderungen besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Artikel 4

Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der in Artikel 1 bezeichneten Fassung wird wie folgt geändert:

TEIL 2

Sonstige Änderungen besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Artikel 4

Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der in Artikel 1 bezeichneten Fassung wird wie folgt geändert:

01. § 39 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

In Satz 2 werden nach dem Wort „Kindergeld“ die Wörter „nach dem Einkommensteuergesetz oder“ und nach dem Wort „Berücksichtigung“ die Wörter „des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder“ eingefügt und die Angabe „§ 8“ durch die Angabe „§ 4“ ersetzt.

02. § 40 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 Satz 1 werden jeweils nach dem Wort „Kindergeld“ die Wörter „nach dem Einkommensteuergesetz oder“ und nach dem Wort „Berücksichtigung“ die Wörter „des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder“ eingefügt sowie jeweils die Angabe „§ 8“ durch die Angabe „§ 4“ ersetzt.

b) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Kindergeld“ die Wörter „nach dem Einkommensteuergesetz oder“ und nach dem Wort „Berücksichtigung“ die Wörter „des § 65 des Einkommensteuergesetzes oder“ eingefügt sowie die Angabe „§ 8“ durch die Angabe „§ 4“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Anwendung“ die Wörter „des Einkommensteuergesetzes oder“ eingefügt.

03. § 56 wird wie folgt geändert:**a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:**

„(1) Beamte, Richter und Soldaten, denen Kindergeld nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 63 Abs. 1 Satz 3 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes zustehen

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

würde, erhalten Auslandskinderzuschlag nach der Anlage VI i für Kinder, die sich nicht nur vorübergehend

1. im Ausland aufhalten,
2. im Inland aufhalten, wenn dort kein Haushalt eines Elternteils besteht, der für das Kind bis zum Erreichen der Volljährigkeit sorgeberechtigt ist oder war.

§ 40 Abs. 6 Satz 3 findet entsprechende Anwendung. Im Falle des Satzes 1 Nr. 2 wird ein Kaufkraftausgleich nicht vorgenommen.“

b) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Auslandskinderzuschlag nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 wird auch gewährt für Kinder in der Übergangszeit zwischen zwei Ausbildungsabschnitten, wenn und soweit sich der Beginn des nächsten Ausbildungsabschnitts durch die Auslandsverwendung des Beamten, Richters oder Soldaten verzögert hat, höchstens jedoch für ein Jahr.“

04. § 62 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe a wird wie folgt gefaßt:

„a) denen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder des § 3 oder § 4 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde,“

b) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Erfüllt ein Anwärter in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 Buchstabe a nicht außerdem die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 3 Buchstabe b, so erhält er für jedes Kind, für das ihm Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder des § 3 oder § 4 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde, einen Anwärterverheiratenzuschlag nach Anlage VIII, jedoch insgesamt nicht mehr als den Betrag nach Absatz 1.“

1. In § 72 wird Satz 6 aufgehoben.

1. unverändert

2. In § 73 Satz 1 wird das Datum „31. Dezember 1995“ durch das Datum „31. Dezember 1996“ ersetzt.

2. unverändert

3. In Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B) wird die Vorbemerkung Nummer 8d wie folgt neu gefaßt:

3. entfällt

„8d. Stellenzulage bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

(1) Beamte, die bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität oder der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin verwendet werden, erhalten eine Stellenzulage nach Anlage IX. Sie wird nicht neben einer pauschalierten Aufwandsentschädigung gewährt.

(2) Durch die Stellenzulage werden die mit dem Dienst allgemein verbundenen Erschwernisse und Aufwendungen mit abgegolten.“

4. In Anlage III (Bundesbesoldungsordnung R) wird nach der Vorbemerkung Nummer 4 die folgende Nummer 5 eingefügt:

„5. Stellenzulage bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität

Richter und Staatsanwälte, die bei der Zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität oder der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin verwendet werden, erhalten eine Stellenzulage nach Anlage IX. Sie wird nicht neben einer pauschalierten Aufwandsentschädigung gewährt.“

Artikel 5

Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung

In § 13 des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung in der Fassung des Artikels VI Nr. 2 des Gesetzes vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Februar 1992 (BGBl. I S. 226) geändert worden ist, wird nach Absatz 2 folgender Absatz 3 angefügt:

Artikel 5

Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung

Das Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung in der Fassung des Artikels VI Nr. 2 des Gesetzes vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Februar 1992 (BGBl. I S. 226) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 8 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Neben dem Grundbetrag wird dem Berechtigten für jedes Kind, für das ihm im Monat Dezember Kindergeld zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder des § 3 oder § 4 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde, ein Sonderbetrag von fünfzig Deutsche Mark gewährt. § 40 Abs. 6 des Bundesbesoldungsgesetzes findet entsprechende Anwendung. Satz 1 gilt entsprechend, wenn ein Ausgleichsbetrag nach § 50 Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechenden Vorschriften gewährt wird oder deshalb nicht gewährt wird, weil in der Person der Waise oder einer anderen Person Ausschlussgründe nach § 65 des Einkommensteuergesetzes vorliegen, eine Person vorhanden ist, die nach § 62 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes anspruchsberechtigt ist oder die Waise Anspruch

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

„(3) In den Jahren 1995 und 1996 gilt bei Anwendung der §§ 6, 7, 9 und 12 ein besonderer Bemessungsfaktor. Er wird vom Bundesministerium des Innern als Vomhundertsatz festgesetzt und nach dem Verhältnis errechnet, das zwischen den Bezügen, die regelmäßig angepaßt werden, im Dezember 1993 und jeweils im Dezember 1995 und 1996 besteht. Der Bemessungsfaktor ist auch maßgebend für Bezüge, die nicht regelmäßig angepaßt werden. Die bei der Anwendung von Ruhensvorschriften maßgebenden Höchstgrenzen werden im Monat Dezember bei der Gewährung der Zuwendung nicht verdoppelt, sondern dem für diesen Monat zustehenden Höchstgrenzenbetrag wird ein unter Anwendung des Bemessungsfaktors berechneter Höchstgrenzenbetrag hinzuaddiert. Die im Monat Dezember des jeweiligen Kalenderjahres maßgebenden persönlichen Verhältnisse sind zu berücksichtigen.“

Artikel 6

Artikel 4 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1994 vom 23. August 1994 (BGBl. I S. 2229, 2440) wird aufgehoben.

Artikel 7

Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

auf Kindergeld nach § 1 Abs. 2 des Bundeskindergeldgesetzes hat; dies gilt nicht, wenn die Waise bereits bei einer anderen Person nach Satz 1 zu berücksichtigen ist.“

2. In § 13 wird nach Absatz 2 folgender Absatz 3 angefügt:

(3) unverändert

Artikel 6

unverändert

Artikel 7

Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3858), zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:

1. In § 31 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 dritter Halbsatz wird im Klammerzusatz die Angabe „(§ 2 des Bundeskindergeldgesetzes)“ durch die Angabe „(§§ 1 und 2 des Bundeskindergeldgesetzes)“ ersetzt.

2. § 50 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 3 werden die Worte „des § 3 oder des § 8 des Bundeskindergeldgesetzes“ durch die Worte „der §§ 64, 65 des Einkommensteuergesetzes oder der §§ 3, 4 des Bundeskindergeldgesetzes“ ersetzt.

- b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

„Neben dem Waisengeld wird ein Ausgleichsbetrag gezahlt, der dem Betrag für das erste Kind nach § 66 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes entspricht, wenn in der Person der Waise die Voraussetzungen des § 32 Abs. 1 bis 5 des Einkommensteuergesetzes erfüllt sind, Ausschlußgründe nach § 65 des Einkommensteuergesetzes nicht vorliegen, keine Person vorhanden ist, die nach § 62 des Einkom-

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

mensteuergesetzes oder nach § 1 des Bundeskindergeldgesetzes anspruchsberechtigt ist, und die Waise keinen Anspruch auf Kindergeld nach § 1 Abs. 2 des Bundeskindergeldgesetzes hat.“

3. § 61 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Das Waisengeld wird nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres auf Antrag gewährt, solange die in § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 Buchstabe a, b und d, Nr. 3 und Abs. 5 Satz 1, 2 und 4 des Einkommensteuergesetzes genannten Voraussetzungen gegeben sind. Im Falle einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung im Sinne des § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 des Einkommensteuergesetzes wird das Waisengeld ungeachtet der Höhe eines eigenen Einkommens dem Grunde nach gewährt; soweit ein eigenes Einkommen der Waise das Zweifache des Mindestvollwaisengeldes (§ 14 Abs. 4 Satz 2 in Verbindung mit § 24 Abs. 1) übersteigt, wird es zur Hälfte auf das Waisengeld zuzüglich des Unterschiedsbetrages (§ 50 Abs. 1) angerechnet. Das Waisengeld nach Satz 2 wird über das siebenundzwanzigste Lebensjahr hinaus nur gewährt, wenn

1. die Behinderung bei Vollendung des siebenundzwanzigsten Lebensjahres bestanden hat oder bis zu dem sich nach § 32 Abs. 5 des Einkommensteuergesetzes ergebenden Zeitpunkt eingetreten ist, wenn die Waise sich in verzögerter Schul- oder Berufsausbildung befunden hat, und
2. die Waise ledig oder verwitwet ist oder ihr Ehegatte oder früherer Ehegatte ihr keinen ausreichenden Unterhalt leisten kann oder dem Grunde nach nicht unterhaltspflichtig ist und sie nicht unterhält.“

In § 107a Abs. 1 Satz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3858), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird das Datum „31. Dezember 1995“ durch das Datum „31. Dezember 1996“ ersetzt.

4. In § 107a Abs. 1 Satz 1 wird das Datum „31. Dezember 1995“ durch das Datum „31. Dezember 1996“ ersetzt.

5. In § 107c wird das Datum „31. Dezember 1995“ durch das Datum „31. Dezember 1996“ ersetzt.

Artikel 8

Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

Artikel 8

Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

Das Soldatenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 1995 (BGBl. I S. 50), zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:

1. In § 27 Abs. 3 Nr. 1 sowie in § 81 Abs. 4 Satz 2 Buchstabe a wird jeweils die Angabe „(§ 2 des Bundeskindergeldgesetzes)“ durch die Angabe „(§§ 1 und 2 des Bundeskindergeldgesetzes)“ ersetzt.

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

„Neben dem Waisengeld wird ein Ausgleichsbetrag gezahlt, der dem Betrag für das erste Kind nach § 66 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes entspricht, wenn in der Person der Waise die Voraussetzungen des § 32 Abs. 1 bis 5 des Einkommensteuergesetzes erfüllt sind, Ausschlußgründe nach § 65 des Einkommensteuergesetzes nicht vorliegen, keine Person vorhanden ist, die nach § 62 des Einkommensteuergesetzes oder nach § 1 des Bundeskindergeldgesetzes anspruchsberechtigt ist, und die Waise keinen Anspruch auf Kindergeld nach § 1 Abs. 2 des Bundeskindergeldgesetzes hat.“

3. § 59 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Das Waisengeld wird nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres auf Antrag gewährt, solange die in § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 Buchstabe a, b und d, Nr. 3 und Abs. 5 Satz 1, 2 und 4 des Einkommensteuergesetzes genannten Voraussetzungen gegeben sind. Im Falle einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung im Sinne des § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 des Einkommensteuergesetzes wird das Waisengeld ungeachtet der Höhe eines eigenen Einkommens dem Grunde nach gewährt; soweit ein eigenes Einkommen der Waise das Zweifache des Mindestvollwaisengeldes (§ 26 Abs. 7 Satz 2 und § 43 Abs. 1 dieses Gesetzes in Verbindung mit § 24 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes) übersteigt, wird es zur Hälfte auf das Waisengeld zusätzlich des Unterschiedsbetrages nach § 47 Abs. 1 angerechnet. Das Waisengeld nach Satz 2 wird über das siebenundzwanzigste Lebensjahr hinaus nur gewährt, wenn

1. die Behinderung bei Vollendung des siebenundzwanzigsten Lebensjahres bestanden hat oder bis zu dem sich nach § 32 Abs. 5 des Einkommensteuergesetzes ergebenden Zeitpunkt eingetreten ist, wenn die Waise sich in verzögerter Schul- oder Berufsausbildung befunden hat, und
2. die Waise ledig oder verwitwet ist oder ihr Ehegatte oder früherer Ehegatte ihr keinen ausreichenden Unterhalt leisten kann oder dem Grunde nach nicht unterhaltspflichtig ist und sie nicht unterhält.“

4. § 81 e Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Familienangehörige im Sinne des Absatzes 1 sind der Ehepartner des Soldaten und die Kinder, für die dem Soldaten Kindergeld zusteht oder ohne Berücksichtigung der §§ 64 oder 65 des Einkommensteuergesetzes zustehen würde.“

In § 92a Satz 1 des Soldatenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 1995 (BGBl. I S. 50), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird das Datum „31. Dezember 1995“ durch das Datum „31. Dezember 1996“ ersetzt.

5. In § 92a Satz 1 wird das Datum „31. Dezember 1995“ durch das Datum „31. Dezember 1996“ ersetzt.

6. In § 92c wird das Datum „31. Dezember 1995“ durch das Datum „31. Dezember 1996“ ersetzt.

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Artikel 8 a

Änderung der Sonderzuschlagsverordnung

In § 7 der Sonderzuschlagsverordnung vom 13. November 1990 (BGBl. I S. 2451), die zuletzt durch Artikel 6 Abs. 19 des Gesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378) geändert worden ist, werden in der Überschrift das Semikolon und das Wort „Geltungsdauer“ gestrichen sowie die Sätze 2 bis 4 aufgehoben.

Artikel 9

**Änderung der Zweiten Besoldungs-
Übergangsverordnung**

In § 3 Abs. 3 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 778, 1035), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 24. August 1994 (BGBl. I S. 2229, 2440) geändert worden ist, wird Satz 2 wie folgt gefaßt:

„Abweichend von § 2 Abs. 1 sind bei der Bemessung des Grundbetrages im Kalenderjahr 1995 82 vom Hundert der für das bisherige Bundesgebiet im Dezember geltenden Dienstbezüge zugrunde zu legen.“

Artikel 9

unverändert

Artikel 9 a

**Änderung der Beamtenversorgungs-
Übergangsverordnung**

In § 4 Abs. 3 der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 369), die zuletzt durch ... geändert worden ist, wird das Datum „31. Dezember 1994“ durch das Datum „31. Dezember 1996“ ersetzt.

Artikel 9 b

**Änderung der Soldatenversorgungs-
Übergangsverordnung**

In § 4 Abs. 3 der Soldatenversorgungs-Übergangsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März 1993 (BGBl. I S. 378), die zuletzt durch ... geändert worden ist, wird das Datum „31. Dezember 1994“ durch das Datum „31. Dezember 1996“ ersetzt.

TEIL 3

Übergangs- und Schlußvorschriften

Artikel 10

Neufassungen

Das Bundesministerium des Innern kann den Wortlaut des Bundesbesoldungsgesetzes und den Wortlaut der in diesem Gesetz geänderten Verordnungen in der Fassung, die am ersten Tage des auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendermonats gilt, im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

TEIL 3

Übergangs- und Schlußvorschriften

Artikel 10

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Artikel 11**Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang**

Die auf Artikel 3 und Artikel 9 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigung durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 12**Inkrafttreten**

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1995 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten in Kraft:

1. mit Wirkung vom 1. April 1995 Artikel 1, soweit die Anlage VIII des Bundesbesoldungsgesetzes durch die Anlage 4 dieses Gesetzes ersetzt wird;
2. mit Wirkung vom 1. Januar 1995 Artikel 5, 6 und 9;
3. ab 1. Januar 1996 Artikel 4 Nr. 3 und 4.

Artikel 11**Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang**

Die auf Artikel 3 und Artikel 8 a, Artikel 9, Artikel 9 a und Artikel 9 b beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigung durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 12**Inkrafttreten**

(1) unverändert

(2) Abweichend von Absatz 1 treten in Kraft:

1. unverändert
2. mit Wirkung vom 1. Januar 1995 Artikel 5 Nr. 2, Artikel , 6, 9, 9 a und 9 b;
3. am 1. Januar 1996 Artikel 4 Nr. 01 bis 04, Artikel 5 Nr. 1, Artikel 7 Nr. 1 bis 3 und Artikel 8 Nr. 1 bis 4.

Entwurf

Anlage 1 (Anlage IV des BBesG)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
A 1	II	1 512,39	1 564,72	1 617,05	1 669,38	1 721,71	1 774,04	1 826,37
A 2		1 642,91	1 694,85	1 746,79	1 798,73	1 850,67	1 902,61	1 954,55
A 3		1 747,57	1 802,83	1 858,09	1 913,35	1 968,61	2 023,87	2 079,13
A 4		1 806,98	1 872,03	1 937,08	2 002,13	2 067,18	2 132,23	2 197,28
A 5		1 828,58	1 897,35	1 966,12	2 034,89	2 103,66	2 172,43	2 241,20
A 6		1 892,34	1 966,03	2 039,72	2 113,41	2 187,10	2 260,79	2 334,48
A 7		2 013,53	2 088,04	2 162,55	2 237,06	2 311,57	2 386,08	2 460,59
A 8		2 104,78	2 193,90	2 283,02	2 372,14	2 461,26	2 550,38	2 639,50
A 9	I c	2 261,12	2 345,24	2 432,91	2 521,26	2 611,27	2 709,35	2 807,43
A 10		2 475,98	2 597,84	2 719,70	2 841,56	2 963,42	3 085,28	3 207,14
A 11		2 884,47	3 009,34	3 134,21	3 259,08	3 383,95	3 508,82	3 633,69
A 12		3 141,96	3 290,83	3 439,70	3 588,57	3 737,44	3 886,31	4 035,18
A 13	I b	3 559,58	3 720,34	3 881,10	4 041,86	4 202,62	4 363,38	4 524,14
A 14		3 663,92	3 872,39	4 080,86	4 289,33	4 497,80	4 706,27	4 914,74
A 15		4 131,07	4 360,27	4 589,47	4 818,67	5 047,87	5 277,07	5 506,27
A 16		4 591,56	4 856,64	5 121,72	5 386,80	5 651,88	5 916,96	6 182,04

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	I b	7 339,87
B 2		8 705,14
B 3	I a	9 107,57
B 4		9 712,92
B 5		10 407,39
B 6		11 063,24
B 7		11 701,19
B 8		12 366,14
B 9		13 191,76
B 10		15 755,55
B 11		17 201,45

Gültig ab 1. Mai 1995

Dienstaltersstufe							
8	9	10	11	12	13	14	15
1 878,70							
2 006,49							
2 134,39							
2 262,33							
2 309,97	2 378,74						
2 408,17	2 481,86	2 555,55					
2 535,10	2 609,61	2 684,12	2 758,63	2 833,14			
2 728,62	2 817,74	2 906,86	2 995,98	3 085,10	3 174,22		
2 905,51	3 003,59	3 101,67	3 199,75	3 297,83	3 395,91		
3 329,00	3 450,86	3 572,72	3 694,58	3 816,44	3 938,30		
3 758,56	3 883,43	4 008,30	4 133,17	4 258,04	4 382,91	4 507,78	
4 184,05	4 332,92	4 481,79	4 630,66	4 779,53	4 928,40	5 077,27	
4 684,90	4 845,66	5 006,42	5 167,18	5 327,94	5 488,70	5 649,46	
5 123,21	5 331,68	5 540,15	5 748,62	5 957,09	6 165,56	6 374,03	
5 735,47	5 964,67	6 193,87	6 423,07	6 652,27	6 881,47	7 110,67	7 339,87
6 447,12	6 712,20	6 977,28	7 242,36	7 507,44	7 772,52	8 037,60	8 302,68

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 1

unverändert

Entwurf

noch Anlage 1

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besol- dungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarif- klasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 1	I b	3 559,58	3 720,34	3 881,10	4 041,86	4 202,62	4 363,38	4 524,14
C 2		3 569,60	3 825,80	4 082,00	4 338,20	4 594,40	4 850,60	5 106,80
C 3		4 033,87	4 323,96	4 614,05	4 904,14	5 194,23	5 484,32	5 774,41
C 4	I a	5 224,06	5 515,67	5 807,28	6 098,89	6 390,50	6 682,11	6 973,72

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besol- dungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarif- klasse	Stufe									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		Lebensalter									
		31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	I b	4 611,47	4 938,94	5 266,41	5 593,88	5 921,35	6 248,82	6 576,29	6 903,76	7 231,23	7 558,70
R 2		5 395,35	5 722,82	6 050,29	6 377,76	6 705,23	7 032,70	7 360,17	7 687,64	8 015,11	8 342,58
R 3	I a	9 107,57									
R 4		9 712,92									
R 5		10 407,39									
R 6		11 063,24									
R 7		11 701,19									
R 8		12 366,14									
R 9		13 191,76									
R 10		16 486,42									

Dienstaltersstufe							
8	9	10	11	12	13	14	15
4 684,90	4 845,66	5 006,42	5 167,18	5 327,94	5 488,70	5 649,46	
5 363,00	5 619,20	5 875,40	6 131,60	6 387,80	6 644,00	6 900,20	7 156,40
6 064,50	6 354,59	6 644,68	6 934,77	7 224,86	7 514,95	7 805,04	8 095,13
7 265,33	7 556,94	7 846,55	8 140,16	8 431,77	8 723,38	9 014,99	9 306,60

Beschlüsse des 4. Ausschusses

noch Anlage 1

- 3. Bundesbesoldungsordnung C** unverändert
- 4. Bundesbesoldungsordnung R** unverändert

Entwurf

Anlage 2 (Anlage V des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	1 122,16	1 301,18	1 454,35
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	946,64	1 125,66	1 278,83
I c	A 9 bis A 12	841,29	1 020,31	1 173,48
II	A 1 bis A 8	792,51	962,97	1 116,14

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 153,17 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag der Stufe 3 für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 um je 10 DM, ab Stufe 4 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 50 DM, in Besoldungsgruppe A 4 um je 40 DM und in Besoldungsgruppe A 5 um je 30 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2 Satz 1: Tarifklasse I c 673,04 DM
Tarifklasse II 634,01 DM

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 2 (Anlage V des BBesG)

unverändert

Entwurf

Anlage 3 a (Anlage VI a des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 525	1 799	2 078	2 354	2 633	2 910	3 186	3 465	3 739	4 018	4 294	4 571
A 9	1 792	2 089	2 386	2 683	2 983	3 280	3 579	3 876	4 173	4 470	4 767	5 064
A 10	2 024	2 335	2 643	2 954	3 262	3 573	3 881	4 190	4 498	4 806	5 117	5 425
A 11	2 203	2 526	2 848	3 171	3 494	3 816	4 139	4 461	4 784	5 106	5 429	5 751
A 12	2 452	2 794	3 136	3 478	3 820	4 162	4 504	4 846	5 188	5 530	5 873	6 215
A 13	2 696	3 052	3 407	3 763	4 118	4 473	4 829	5 184	5 540	5 895	6 251	6 606
A 14	2 946	3 314	3 681	4 049	4 417	4 785	5 152	5 520	5 888	6 256	6 623	6 991
A 15	3 290	3 688	4 085	4 483	4 880	5 278	5 675	6 073	6 470	6 868	7 265	7 663
A 16 bis B 2 ...	3 477	3 894	4 312	4 729	5 146	5 564	5 981	6 399	6 816	7 234	7 651	8 068
B 3 und B 4	3 477	3 909	4 346	4 783	5 220	5 658	6 095	6 532	6 969	7 407	7 844	8 281
B 5 bis B 7	3 830	4 314	4 798	5 283	5 767	6 252	6 736	7 220	7 705	8 189	8 673	9 158
B 8 und höher .	4 102	4 649	5 196	5 743	6 290	6 837	7 384	7 931	8 478	9 025	9 572	10 119

Anlage 3 b (Anlage VI a des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 296	1 529	1 766	2 001	2 238	2 474	2 708	2 945	3 178	3 415	3 650	3 885
A 9	1 523	1 776	2 028	2 281	2 536	2 788	3 042	3 295	3 547	3 800	4 052	4 304
A 10	1 720	1 985	2 247	2 511	2 773	3 037	3 299	3 562	3 823	4 085	4 349	4 611
A 11	1 873	2 147	2 421	2 695	2 970	3 244	3 518	3 792	4 066	4 340	4 615	4 888
A 12	2 084	2 375	2 666	2 956	3 247	3 538	3 828	4 119	4 410	4 701	4 992	5 283
A 13	2 292	2 594	2 896	3 199	3 500	3 802	4 105	4 406	4 709	5 011	5 313	5 615
A 14	2 504	2 817	3 129	3 442	3 754	4 067	4 379	4 692	5 005	5 318	5 630	5 942
A 15	2 797	3 135	3 472	3 811	4 148	4 486	4 824	5 162	5 500	5 838	6 175	6 514
A 16 bis B 2 ...	2 955	3 310	3 665	4 020	4 374	4 729	5 084	5 439	5 794	6 149	6 503	6 858
B 3 und B 4	2 955	3 323	3 694	4 066	4 437	4 809	5 181	5 552	5 924	6 296	6 667	7 039
B 5 bis B 7	3 256	3 667	4 078	4 491	4 902	5 314	5 726	6 137	6 549	6 961	7 372	7 784
B 8 und höher .	3 487	3 952	4 417	4 882	5 347	5 811	6 276	6 741	7 206	7 671	8 136	8 601

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 3 a (Anlage VI a des BBesG)

unverändert

Anlage 3 b (Anlage VI b des BBesG)

unverändert

Entwurf

Anlage 3 c (Anlage VI c des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 068	1 259	1 455	1 648	1 843	2 037	2 230	2 426	2 617	2 813	3 006	3 200
A 9	1 254	1 462	1 670	1 878	2 088	2 296	2 505	2 713	2 921	3 129	3 337	3 545
A 10	1 417	1 635	1 850	2 068	2 283	2 501	2 717	2 933	3 149	3 364	3 582	3 798
A 11	1 542	1 768	1 994	2 220	2 446	2 671	2 897	3 123	3 349	3 574	3 800	4 026
A 12	1 716	1 956	2 195	2 435	2 674	2 913	3 153	3 392	3 632	3 871	4 111	4 351
A 13	1 887	2 136	2 385	2 634	2 883	3 131	3 380	3 629	3 878	4 127	4 376	4 624
A 14	2 062	2 320	2 577	2 834	3 092	3 350	3 606	3 864	4 122	4 379	4 636	4 894
A 15	2 303	2 582	2 860	3 138	3 416	3 695	3 973	4 251	4 529	4 808	5 086	5 364
A 16 bis B 2 ...	2 434	2 726	3 018	3 310	3 602	3 895	4 187	4 479	4 771	5 064	5 356	5 648
B 3 und B 4	2 434	2 736	3 042	3 348	3 654	3 961	4 267	4 572	4 878	5 185	5 491	5 797
B 5 bis B 7	2 681	3 020	3 359	3 698	4 037	4 376	4 715	5 054	5 394	5 732	6 071	6 411
B 8 und höher .	2 871	3 254	3 637	4 020	4 403	4 786	5 169	5 552	5 935	6 318	6 700	7 083

Anlage 3 d (Anlage VI d des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
– Unterkunft und Verpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	747	882	1 018	1 153	1 290	1 426	1 561	1 698	1 832	1 969	2 104	2 240
A 9	878	1 024	1 169	1 315	1 462	1 607	1 754	1 899	2 045	2 190	2 336	2 481
A 10	992	1 144	1 295	1 447	1 598	1 751	1 902	2 053	2 204	2 355	2 507	2 658
A 11	1 079	1 238	1 396	1 554	1 712	1 870	2 028	2 186	2 344	2 502	2 660	2 818
A 12	1 201	1 369	1 537	1 704	1 872	2 039	2 207	2 375	2 542	2 710	2 878	3 045
A 13	1 321	1 495	1 669	1 844	2 018	2 192	2 366	2 540	2 715	2 889	3 063	3 237
A 14	1 444	1 624	1 804	1 984	2 164	2 345	2 524	2 705	2 885	3 065	3 245	3 426
A 15	1 612	1 807	2 002	2 197	2 391	2 586	2 781	2 976	3 170	3 365	3 560	3 755
A 16 bis B 2 ...	1 704	1 908	2 113	2 317	2 522	2 726	2 931	3 136	3 340	3 545	3 749	3 953
B 3 und b 4	1 704	1 915	2 130	2 344	2 558	2 772	2 987	3 201	3 415	3 629	3 844	4 058
B 5 bis B 7	1 877	2 114	2 351	2 589	2 826	3 063	3 301	3 538	3 775	4 013	4 250	4 487
B 8 und höher .	2 010	2 278	2 546	2 814	3 082	3 350	3 618	3 886	4 154	4 422	4 690	4 958

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 3 c (Anlage VI c des BBesG)

unverändert

Anlage 3 d (Anlage VI d des BBesG)

unverändert

Entwurf

Anlage 3 e (Anlage VI e des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
 – Unterkunft und Verpflegung –
 (Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	907	1 070	1 236	1 401	1 567	1 731	1 896	2 062	2 225	2 391	2 555	2 720
A 9	1 066	1 243	1 420	1 596	1 775	1 952	2 130	2 306	2 483	2 660	2 836	3 013
A 10	1 204	1 389	1 573	1 758	1 941	2 126	2 309	2 493	2 676	2 860	3 045	3 228
A 11	1 311	1 503	1 695	1 887	2 079	2 271	2 463	2 654	2 846	3 038	3 230	3 422
A 12	1 459	1 662	1 866	2 069	2 273	2 476	2 680	2 883	3 087	3 290	3 494	3 698
A 13	1 604	1 816	2 027	2 239	2 450	2 661	2 873	3 084	3 296	3 508	3 719	3 931
A 14	1 753	1 972	2 190	2 409	2 628	2 847	3 065	3 284	3 503	3 722	3 941	4 160
A 15	1 958	2 194	2 431	2 667	2 904	3 140	3 377	3 613	3 850	4 086	4 323	4 559
A 16 bis B 2 ...	2 069	2 317	2 566	2 814	3 062	3 311	3 559	3 807	4 056	4 304	4 552	4 800
B 3 und B 4	2 069	2 326	2 586	2 846	3 106	3 367	3 627	3 887	4 147	4 407	4 667	4 927
B 5 bis B 7	2 279	2 567	2 855	3 143	3 431	3 720	4 008	4 296	4 584	4 872	5 160	5 449
B 8 und höher .	2 441	2 766	3 092	3 417	3 743	4 068	4 393	4 719	5 044	5 370	5 695	6 021

Anlage 3 f (Anlage VI f des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
 (Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 688	1 975	2 260	2 547	2 829	3 116	3 401	3 688	3 973	4 257	4 542	4 829
A 9	1 978	2 283	2 591	2 896	3 202	3 507	3 812	4 120	4 425	4 730	5 038	5 343
A 10	2 237	2 556	2 873	3 189	3 506	3 825	4 141	4 458	4 777	5 093	5 410	5 729
A 11	2 435	2 768	3 101	3 434	3 767	4 100	4 432	4 765	5 098	5 431	5 764	6 096
A 12	2 708	3 059	3 410	3 762	4 113	4 464	4 816	5 167	5 518	5 869	6 221	6 572
A 13	2 978	3 345	3 711	4 078	4 445	4 811	5 178	5 545	5 912	6 278	6 645	7 012
A 14	3 252	3 631	4 010	4 389	4 768	5 147	5 526	5 905	6 284	6 663	7 042	7 422
A 15	3 635	4 047	4 459	4 871	5 283	5 695	6 107	6 519	6 931	7 342	7 754	8 166
A 16 bis B 2 ...	3 855	4 287	4 719	5 151	5 582	6 014	6 446	6 878	7 309	7 741	8 173	8 605
B 3 und B 4	3 856	4 310	4 764	5 217	5 671	6 125	6 578	7 032	7 485	7 939	8 393	8 846
B 5 bis B 7	4 299	4 797	5 296	5 795	6 294	6 792	7 291	7 790	8 288	8 787	9 286	9 785
B 8 und höher .	4 637	5 200	5 763	6 327	6 890	7 453	8 017	8 580	9 143	9 707		

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 3 e (Anlage VI e des BBesG)

unverändert

Anlage 3 f (Anlage VI f des BBesG)

unverändert

Entwurf

Anlage 3 g (Anlage VI g des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 450	1 689	1 933	2 174	2 416	2 660	2 899	3 143	3 387	3 626	3 870	4 109
A 9	1 693	1 952	2 216	2 475	2 734	2 993	3 252	3 511	3 770	4 031	4 290	4 549
A 10	1 916	2 189	2 459	2 732	3 002	3 272	3 543	3 813	4 086	4 356	4 626	4 899
A 11	2 089	2 373	2 656	2 940	3 223	3 507	3 790	4 074	4 357	4 641	4 924	5 208
A 12	2 325	2 622	2 920	3 218	3 516	3 814	4 112	4 410	4 708	5 006	5 303	5 601
A 13	2 559	2 870	3 181	3 492	3 804	4 115	4 426	4 737	5 049	5 360	5 671	5 982
A 14	2 791	3 112	3 434	3 755	4 077	4 398	4 720	5 041	5 363	5 685	6 006	6 328
A 15	3 122	3 471	3 820	4 169	4 519	4 868	5 217	5 566	5 916	6 265	6 614	6 963
A 16 bis B 2 ...	3 312	3 678	4 044	4 410	4 776	5 142	5 508	5 875	6 241	6 607	6 973	7 339
B 3 und B 4	3 319	3 704	4 089	4 474	4 859	5 244	5 629	6 014	6 399	6 784	7 169	7 554
B 5 und B 7	3 702	4 126	4 550	4 974	5 398	5 821	6 245	6 669	7 093	7 517	7 941	8 365
B 8 und höher .	3 998	4 476	4 955	5 433	5 912	6 390	6 868	7 347	7 825	8 304		

Anlage 3 h (Anlage VI h des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8	1 214	1 415	1 611	1 812	2 010	2 208	2 407	2 605	2 806	3 004	3 203	3 401
A 9	1 420	1 635	1 850	2 062	2 279	2 494	2 709	2 926	3 141	3 356	3 573	3 788
A 10	1 606	1 827	2 048	2 269	2 490	2 711	2 934	3 155	3 376	3 597	3 818	4 039
A 11	1 749	1 984	2 218	2 452	2 686	2 920	3 155	3 389	3 623	3 857	4 091	4 326
A 12	1 944	2 191	2 438	2 684	2 931	3 177	3 424	3 670	3 917	4 163	4 410	4 656
A 13	2 141	2 395	2 650	2 905	3 160	3 414	3 669	3 924	4 179	4 433	4 688	4 943
A 14	2 338	2 602	2 866	3 130	3 394	3 658	3 922	4 186	4 450	4 714	4 978	5 242
A 15	2 614	2 903	3 192	3 480	3 769	4 057	4 346	4 635	4 923	5 212	5 501	5 789
A 16 bis B 2 ...	2 775	3 078	3 380	3 683	3 985	4 288	4 591	4 893	5 196	5 498	5 801	6 103
B 3 und B 4	2 783	3 101	3 418	3 736	4 053	4 370	4 688	5 005	5 323	5 640	5 958	6 275
B 5 bis B 7	3 111	3 459	3 807	4 155	4 504	4 852	5 200	5 548	5 896	6 244	6 593	6 941
B 8 und höher .	3 364	3 759	4 155	4 551	4 946	5 342	5 738	6 133	6 529	6 925		

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 3 g (Anlage VI g des BBesG)

unverändert

Anlage 3 h (Anlage VI h des BBesG)

unverändert

Entwurf

Anlage 3i (Anlage VIi des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandskinderzuschlag (§ 56)
 (Monatsbeträge in DM je Kind)
 nach § 56 Abs. 1 Nr. 1

Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlags												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16	220	253	285	317	349	382	414	446	478	511	543	575	220
B 1 bis B 11													

Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.

Anlage 4 (Anlage VIII des BBesG)

Gültig ab 1. April 1995

Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratenzuschlag
 (Monatsbeträge in DM)

Eingangssamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratenzuschlag	
	zur Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	1 308	1 433	341	114
A 5 bis A 8	1 508	1 676	395	114
A 9 bis A 11	1 595	1 788	456	114
A 12	1 828	2 034	481	114
A 13	1 880	2 097	497	114
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundes- besoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 935	2 166	514	114

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 31 (Anlage VII des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1

Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlags												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16	220	253	285	317	349	382	414	446	478	511	543	575	220
B 1 bis B 11													

Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.

Anlage 31 (Anlage VII des BBesG)

Gültig ab 1. Januar 1996

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1

Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlags												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16	220	253	285	317	349	382	414	446	478	511	543	575	220
B 1 bis B 11													

Anlage 4 (Anlage VIII des BBesG)

unverändert

Entwurf

Anlage 5
(Anlage IX des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz	
§ 44	bis zu 200,00
§ 48 Abs. 2	bis zu 100,00
§ 78	bis zu 150,00
§ 80 a (weggefallen)	
Bundesbesoldungsordnungen A und B	
Vorbemerkungen	
Nummer 2 Abs. 2	250,00
Nummer 4	100,00
Nummer 4 a	150,00
Nummer 5	
Die Zulage beträgt für Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A5 und A6	70,00
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A7 bis A9	100,00
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	150,00
Nummer 5 a	
Absatz 1 Buchstabe a	180,00
Buchstabe b	300,00
Buchstabe c	430,00
Absatz 2 Nr. 1 Buchstabe a	270,00
Buchstabe b	200,00
Nr. 2 Buchstabe a	200,00
Buchstabe b	80,00
Nr. 3	130,00
Nr. 4 und 5	120,00
Nr. 6 Buchstabe a	270,00
Buchstabe b	200,00
Nr. 7 Buchstabe a	200,00
Buchstabe b	80,00
Nr. 8 Buchstabe a	250,00
Buchstabe b	130,00
Nr. 9	120,00
Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a	900,00
Buchstabe b	720,00
Buchstabe c	576,00
Nummer 6 a	200,00
Nummer 7	
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
A 1 bis A 5	A 5
A 6 bis A 9	A 9
A 10 bis A 13	A 13
A 14, A 15, B 1	A 15

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Anlage 5
(Anlage IX des BBesG)

Gültig ab 1. Mai 1995

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz	
§ 44	bis zu 200,00
§ 48 Abs. 2	bis zu 100,00
§ 78	bis zu 150,00
§ 80a (weggefallen)	
Bundesbesoldungsordnungen A und B	
Vorbemerkungen	
Nummer 2 Abs. 2	250,00
Nummer 4	100,00
Nummer 4 a	150,00
Nummer 5	
Die Zulage beträgt für Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A5 und A6	70,00
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A7 bis A9	100,00
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	150,00
Nummer 5 a	
Absatz 1 Buchstabe a	180,00
Buchstabe b	300,00
Buchstabe c	430,00
Absatz 2 Nr. 1 Buchstabe a	270,00
Buchstabe b	200,00
Nr. 2 Buchstabe a	200,00
Buchstabe b	80,00
Nr. 3	130,00
Nr. 4 und 5	120,00
Nr. 6 Buchstabe a	270,00
Buchstabe b	200,00
Nr. 7 Buchstabe a	200,00
Buchstabe b	80,00
Nr. 8 Buchstabe a	250,00
Buchstabe b	130,00
Nr. 9	120,00
Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a	900,00
Buchstabe b	720,00
Buchstabe c	576,00
Nummer 6 a	200,00
Nummer 7	
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
A 1 bis A 5	A 5
A 6 bis A 9	A 9
A 10 bis A 13	A 13
A 14, A 15, B 1	A 15

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)

Entwurf

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
A 16, B 2 bis B 4	B 3
B 5 bis B 7	B 6
B 8 bis B 10	B 9
B 11	B 11
Nummer 8 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	242,29
A 6 bis A 9	333,13
A 10 bis A 13	423,99
A 14 und höher	514,84
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	181,72
des gehobenen Dienstes	242,29
des höheren Dienstes	302,85
Nummer 8a	
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	133,27
A 6 bis A 9	181,72
A 10 bis A 13	224,11
A 14 und höher	266,52
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	96,93
des gehobenen Dienstes	127,21
des höheren Dienstes	157,50
Nummer 8b	
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	218,07
A 6 bis A 9	278,62
A 10 bis A 13	363,42
A 14 und höher	448,21
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	163,55
des gehobenen Dienstes	218,07
des höheren Dienstes	272,57
Nummer 8c	
Die Zulage beträgt für die Beamten	
des einfachen Dienstes	100,00
des mittleren Dienstes	150,00
des gehobenen Dienstes	220,00
des höheren Dienstes	300,00
Nummer 8d **)	
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 9	300,00
A 10 bis A 12	350,00
A 13 und höher	400,00
Nummer 9	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	121,15
von zwei Jahren	242,30
Nummer 9a	
Absatz 1 Buchstabe a	200,00
Buchstabe b	400,00
Buchstabe c	300,00
Absatz 2 Buchstabe a	80,00
Buchstabe b	100,00

**) Gültig ab 1. Januar 1996

Beschlüsse des 4. Ausschusses

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
A 16, B 2 bis B 4	B 3
B 5 bis B 7	B 6
B 8 bis B 10	B 9
B 11	B 11
Nummer 8 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	242,29
A 6 bis A 9	333,13
A 10 bis A 13	423,99
A 14 und höher	514,84
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	181,72
des gehobenen Dienstes	242,29
des höheren Dienstes	302,85
Nummer 8 a	
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	133,27
A 6 bis A 9	181,72
A 10 bis A 13	224,11
A 14 und höher	266,52
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	96,93
des gehobenen Dienstes	127,21
des höheren Dienstes	157,50
Nummer 8 b	
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	218,07
A 6 bis A 9	278,62
A 10 bis A 13	363,42
A 14 und höher	448,21
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	163,55
des gehobenen Dienstes	218,07
des höheren Dienstes	272,57
Nummer 8 c	
Die Zulage beträgt für die Beamten	
des einfachen Dienstes	100,00
des mittleren Dienstes	150,00
des gehobenen Dienstes	220,00
des höheren Dienstes	300,00
Nummer 9	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	121,15
von zwei Jahren	242,30
Nummer 9 a	
Absatz 1 Buchstabe a	200,00
Buchstabe b	400,00
Buchstabe c	300,00
Absatz 2 Buchstabe a	80,00
Buchstabe b	100,00

Entwurf

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 10 Abs. 1 Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr von zwei Jahren	121,15 242,30
Nummer 11	$\frac{1}{12}$ des Grundgehalts und des Ortszuschlags *)
Nummer 12	181,72
Nummer 13 a	bis zu 150,00
Nummer 19 Satz 1	359,85
Nummer 21	301,89
Nummer 23 Absatz 1 Absatz 2	20,00 45,00
Nummer 24 Die Zulage beträgt für Beamte des mittleren Dienstes/für Unteroffiziere des gehobenen Dienstes/für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12	20,00 45,00
Nummer 25	75,00
Nummer 26 Absatz 1 Die Zulage beträgt für Beamte des mittleren Dienstes des gehobenen Dienstes	33,34 75,00
Nummer 27 Absatz 1 Buchstabe a Buchstabe b Doppelbuchstabe aa Doppelbuchstabe bb Buchstabe c Buchstabe d Buchstabe e Absatz 2 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb Buchstaben c und d	72,71 100,57 181,72 193,84 193,84 72,71 81,16 121,14
Nummer 30	45,00
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 2	1 52,05 2 34,67 3 95,97 6 48,48
A 3	1, 5 95,97 2 52,05
A 4	1, 4 95,97 2 52,05
A 5	3 52,05 4, 6 95,97
A 6	6 52,05
A 7	2 64,61 5 50 v.H. des jeweiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 8	2 83,28

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)

Beschlüsse des 4. Ausschusses

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 10 Abs. 1 Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr von zwei Jahren	121,15 242,30
Nummer 11	$\frac{1}{12}$ des Grundgehalts und des Ortszuschlags *)
Nummer 12	181,72
Nummer 13 a	bis zu 150,00
Nummer 19 Satz 1	359,85
Nummer 21	301,89
Nummer 23 Absatz 1 Absatz 2	20,00 45,00
Nummer 24 Die Zulage beträgt für Beamte des mittleren Dienstes/für Unteroffiziere des gehobenen Dienstes/für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12	20,00 45,00
Nummer 25	75,00
Nummer 26 Absatz 1 Die Zulage beträgt für Beamte des mittleren Dienstes des gehobenen Dienstes	33,34 75,00
Nummer 27 Absatz 1 Buchstabe a Buchstabe b Doppelbuchstabe aa Doppelbuchstabe bb Buchstabe c Buchstabe d Buchstabe e Absatz 2 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb Buchstaben c und d	72,71 100,57 181,72 193,84 193,84 72,71 81,16 121,14
Nummer 30	45,00
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 2	1 52,05 2 34,67 3 95,97 6 48,48
A 3	1, 5 95,97 2 52,05
A 4	1, 4 95,97 2 52,05
A 5	3 52,05 4, 6 95,97
A 6	6 52,05
A 7	2 64,61 5 50 v.H. des jeweiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 8	2 83,28

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)

Entwurf

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
A 9	2, 3, 6 387,41 7 15 v.H. des Anfangsgrundgehalts der Besoldungsgruppe A 9
A 12	7, 8 225,00
A 13	6 179,95 7 269,91 11, 12, 13 393,71
A 14	5 269,91
A 15	7 269,91
B 10	1, 2 623,75
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 2b Buchstabe a	193,84
Buchstabe b	72,71
Nummer 3	
Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
für Beamte der Besoldungsgruppe C 1	A 13
für Beamte der Besoldungsgruppe C 2	A 15
für Beamte der Besoldungsgruppen C 3 und C 4	B 3
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R 1	402,00
der Besoldungsgruppe R 2	450,00
Besoldungsgruppe	Fußnote
C 2	1 204,04
Bundesbesoldungsordnung R	
Vorbemerkungen	
Nummer 1a	72,71
Nummer 2	
Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für, die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	R 1
R 2 bis R 4	R 3
R 5 bis R 7	R 6
R 8 bis R 10	R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Haupt- verwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besol- dungsgruppe(n)	
R 1	A 15
R 2 bis R 4	B 3
R 5 bis R 7	B 6
R 8 bis R 10	B 9
Nummer 4	75,00
Nummer 5 **)	400,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)

**) Gültig ab 1. Januar 1996

Beschlüsse des 4. Ausschusses

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
A 9	2, 3, 6 387,41 7 15 v.H. des Anfangsgrundgehalts der Besoldungsgruppe A 9
A 12	7, 8 225,00
A 13	6 179,95 7 269,91 11, 12, 13 393,71
A 14	5 269,91
A 15	7 269,91
B 10	1, 2 623,75
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 2 b Buchstabe a	193,84
Buchstabe b	72,71
Nummer 3	
Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
für Beamte der Besoldungsgruppe C 1	A 13
für Beamte der Besoldungsgruppe C 2	A 15
für Beamte der Besoldungsgruppen C 3 und C 4	B 3
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R 1	402,00
der Besoldungsgruppe R 2	450,00
Besoldungsgruppe	
C 2	Fußnote 1 204,04
Bundesbesoldungsordnung R	
Vorbemerkungen	
Nummer 1 a	72,71
Nummer 2	
Die Zulage beträgt	12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für, die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)	
R 1	R 1
R 2 bis R 4	R 3
R 5 bis R 7	R 6
R 8 bis R 10	R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Haupt- verwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besol- dungsgruppe(n)	
R 1	A 15
R 2 bis R 4	B 3
R 5 bis R 7	B 6
R 8 bis R 10	B 9
Nummer 4	75,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)

Entwurf

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	298,45
R 2	3 bis 8, 10	298,45
R 3	3	298,45
R 8	2	596,76

Beschlüsse des 4. Ausschusses

noch Anlage 5

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Besoldungsgruppen	Fußnote
R 1	1, 2 298,45
R 2	3 bis 8, 10 298,45
R 3	3 298,45
R 8	2 596,76

Bericht der Abgeordneten Otto Regenspurger, Thomas Krüger, Rezzo Schlauch und Dr. Max Stadler

I. Zum Verfahren

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde in der 55. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. September 1995 an den Innenausschuß federführend sowie an den Haushaltsausschuß mitberatend und zur Beratung nach § 96 GO überwiesen.

Der Innenausschuß hat den Gesetzentwurf in seinen Sitzungen am 25. Oktober und 6. Dezember 1995 beraten. In der Sitzung am 6. Dezember 1995 hat der Ausschuß einem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. mit den Stimmen der Antragsteller und der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung seitens der Gruppe der PDS zugestimmt, der folgenden Wortlaut hatte:

„Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.

1. Der Innenausschuß beschließt, dem Gesetzentwurf der Bundesregierung in der Fassung der dem Ausschuß in seiner Sitzung am 25. Oktober 1995 vorliegenden und durch die Austauschblätter vom 6. Dezember 1995 geänderten synoptischen Zusammenstellung zuzustimmen. Mit den vorliegenden Austauschblättern wird die im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehene Einführung einer Stellenzulage für Verwendungen bei der Zentralen Polizeilichen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) und der Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin gestrichen.
2. Die Bundesregierung wird gebeten sicherzustellen, daß die bisher den zur ZERV und zur AG Regierungskriminalität abgeordneten Bundesbediensteten gewährte steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von 450 DM monatlich bis zum 31. Dezember 1998 weitergewährt wird. Der Innenausschuß geht dabei von der Erwartung aus, daß auch die Länder für ihre zu den genannten Dienststellen abgeordneten Bediensteten eine der bisherigen Regelung entsprechende Regelung treffen.

Begründung

In dem vom Innenausschuß am 25. Oktober 1995 beratenen Entwurf eines Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 ist auch die Einführung einer Stellenzulage für diejenigen Beamten und Staatsanwälte vorgesehen, die bei der Zentralstelle für die Ermittlung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin verwendet werden. Mit der Einführung einer allgemeinen Stellenzulage dürfte sich die Zielsetzung, durch Ausgleich der abordnungsbedingten Mehrbelastungen ausreichend und fachlich geeignetes Personal für die Bekämpfung der

Regierungs- und Vereinigungskriminalität zu gewinnen, nicht in dem gewünschten Umfang erreichen lassen. Auch im Hinblick auf die Aufgaben der anderen kriminalpolizeilichen Dienststellen des Landes Berlin wird von einer besoldungsrechtlichen Heraushebung abgesehen. Zum Ausgleich der mit einer Abordnung verbundenen Mehraufwendungen und wegen der Einzigartigkeit der Verhältnisse wird eine Fortführung der bisherigen Regelung vorgeschlagen. Die Bundesregierung wird daher gebeten, die bisher für Bundesbedienstete gewährte Aufwandsentschädigung in Höhe von monatlich 450 DM bis zum 31. Dezember 1998 weiterzugewähren. Dabei wird von der Erwartung ausgegangen, daß auch die Länder für ihre zu den genannten Dienststellen abgeordneten Bediensteten eine entsprechende Regelung treffen.“

Die zu dem Antrag gehörenden, in Synopsenform vorgelegten Austauschblätter betreffen in Artikel 4 die Nummern 3 und 4 des Regierungsentwurfs, die entfallen sollen, sowie Folgeänderungen in Artikel 11. Der Ausschuß hat dem Gesetzentwurf in der Fassung der der Beschlußempfehlung beigelegten Synopse mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei einer Gegenstimme aus der Fraktion der CDU/CSU und bei Enthaltung der Gruppe der PDS unter dem Vorbehalt des noch ausstehenden Votums des Haushaltsausschusses zugestimmt.

Der Haushaltsausschuß, der seinen Bericht gemäß nach § 96 GO gesondert abgeben wird, hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 1995 einvernehmlich Zustimmung empfohlen.

Da das Votum des Haushaltsausschusses dem Beschluß des Innenausschusses entspricht, brauchte der Innenausschuß nicht erneut in Beratungen einzutreten.

II. Zur Begründung

1. Allgemeines

Der Innenausschuß hat dem Gesetzentwurf der Bundesregierung einschließlich der neu eingefügten Verlängerung der Regelung der Verteilung der Versorgungslasten (§ 107 c des Beamtenversorgungsgesetzes) sowie der Streichung der zunächst im Regierungsentwurf vorgesehenen allgemeinen Stellenzulage für Verwendungen bei der Zentralstelle für die Ermittlung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) und der Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin zugestimmt.

Der Ausschuß ist der Auffassung, daß sich mit der Einführung einer allgemeinen Stellenzulage die Zielsetzung, durch Ausgleich der abordnungsbedingten

Mehrbelastungen ausreichend und fachlich geeignetes Personal für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität zu gewinnen, nicht in dem gewünschten Umfang erreichen lassen dürfte. Auch im Hinblick auf die Aufgaben der anderen kriminalpolizeilichen Dienststellen des Landes Berlin hat er deshalb von einer besoldungsrechtlichen Heraushebung abgesehen. Zum Ausgleich der mit einer Abordnung verbundenen Mehraufwendungen und wegen der Einzigartigkeit der Verhältnisse hat er statt dessen eine Fortführung der bisherigen Regelung vorgeschlagen und die Bundesregierung gebeten, die bisher für Bundesbedienstete gewährte Aufwandsentschädigung in Höhe von monatlich 450 DM bis zum 31. Dezember 1998 weiterzugewähren. Der Ausschuß erwartet, daß auch die Länder für ihre zu den genannten Dienststellen abgeordneten Bediensteten eine der bisherigen Regelung entsprechende Regelung treffen.

2. Zu einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 2

Zu § 3 (Einmalige Zahlung)

Redaktionelle Änderung der Regelungen über die einmalige Zahlung für den Monat April 1995 auf Vorschlag des Bundesrates.

Zu § 4 (Einmalige Zahlung für Versorgungsempfänger)

Folgeänderung zu Artikel 2 § 3 für Versorgungsempfänger.

Zu Artikel 3 (Anpassung von Erschwerniszulagen und Mehrarbeitsvergütung)

Redaktionelle Umstellung durch Ausbringen einzelner Beiträge für Erschwerniszulagen, damit sich rechnerisch gleiche Ergebnisse im Besoldungs- und Tarifbereich ergeben.

Zu Artikel 4

Zu Nummern 01 bis 04 (Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes)

Redaktionelle Anpassung der Vorschriften an das Jahressteuergesetz 1996 (Umstellung der Verweisungsnormen), da Kindergeld künftig nach Einkommensteuergesetz gezahlt wird.

Zu Artikel 5 (Änderung des Sonderzuwendungsgesetzes)

Siehe Begründung zu Artikel 4 Nr. 01 bis 04.

Zu Artikel 7

Zu Nummern 1 bis 3 (Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes)

Siehe Begründung zu Artikel 4 Nr. 01 bis 04.

Zu Nummer 5

Weiterführung der personellen Aufbauhilfe im Beitrittsgebiet, insbesondere im Justizbereich.

Zu Artikel 8

Zu Nummern 1 bis 4 (Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes)

Siehe Begründung zu Artikel 4 Nr. 01 bis 04.

Zu Nummer 6

Weiterführung der personellen Aufbauhilfe im Beitrittsgebiet, insbesondere im Justizbereich.

Zu Artikel 8 a (Änderung der Sonderzuschlagsverordnung)

Aufhebung der Befristung der Verordnung; redaktionelle Folgeänderung zu der im Regierungsentwurf bereits vorgesehenen Aufhebung der Befristung der Ermächtigungsgrundlage zum Erlaß der Sonderzuschlagsverordnung (siehe Artikel 4 Nr. 1).

Zu Artikel 9 a (Änderung der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung)

Übernahme der vom Bundesrat am 22. September 1995 beschlossenen Regelungsinitiative zur Verlängerung der günstigeren Ruheregelung für Beamte und Richter im Ruhestand bei Aufbauhilfe im Beitrittsgebiet um zwei Jahre bis zum 31. Dezember 1996.

Zu Artikel 9 b (Änderung der Soldatenversorgungs-Übergangsverordnung)

Folgeänderung zu Artikel 9 a für Soldaten im Ruhestand.

Bonn, den 6. Dezember 1995

Otto Regenspurger
Berichterstatte

Thomas Krüger
Berichterstatte

Rezzo Schlauch
Berichterstatte

Dr. Max Stadler
Berichterstatte

